

Bei der Entlassung
Nicolas ein großer
en, sondern derselbe
e Eltern zu verleum-
alten Kunden zu sich
o pünktlich wird jezt,
war, alle Arbeiten
u, Zinbauarbeiten, so-
paraturen ausgeführt,
Orten der Umgegend.
n 3. December 1877.
L. Werth.

Alpfelsinen,
id 10 Pfg.,
hend 1 Mark,
Jean Kappes.
Butter,
Pfd. 85 Pfg.
rutter per Pfund
Jean Kappes.

en, Nibenschnei-
schinen in bester
vorräthig unter

Derichs,
r in Webeling-
ben.

Kaffee
1 M. 90 Pfg., so-
eifisch und Colo-
nisch billigt.
auf alle Sorten feinste
waren werden ge-
bedeutenden Rabatt.
Schrottkohlen
Mater 2 M. 60 Pfg.,

Alb. Quack,
schenstr. 101.

ffchaft.
r Nähe des Bahn-
haus mit Gar-
smodell zu kaufen
uch zu jedem ande-
net, und gleich zu
n, sagt die Exp.

Bullrich's
inigungs-Salz,
mein bekannt als
nd billigste Haus-
smodellbildung, Auf-
of, Verdauungs-
andere Magenbe-
Originalpaqueten
Pfd. acht und
haben bei W. J.
Jos. Fassbender
Peter Schürs in
aschhütter, Rheydt
in Orefeld, Herm.
kirchen.

anische
ego-
is-
rke.

stärte.
(Malsmehl).
sich in Folge der
d ökonomischen Ver-
alben einen hohen
nten Gebrauch er-
gen bei Anwendung
uantums, was man
u nehmen hat.
rd verkauft in Pa-
und 1/2 Pfd. amerit.
B. J. Gremer;
A. Gerold jr.;
A. J. Kamp;
Kappes; Gebr.
Scharff.

Depot:
der Jr., Cöln.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Ersteinst täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. — 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: C. Komet in Neuß.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß, F. M. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt A Nr. 91.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. — 1 1/2 Sgr.

Fruchtpreise zu Neuß am 10. December.						
Weizen (neuer)	1. Qual.	23	80	Hafer (neuer)	14	80
	2. "	22	30	Rüben (Avel)	33	—
	3. "	—	—	Raps	34	50
Landroggen (neuer)	1. Qual.	16	60	Kartoffeln	8	—
	2. "	15	10	Heu	4	80
Gerste	Winter	17	—	Roggenstroh	3	60
	Sommer	—	—			
Buchweizen		16	—			
Preise unverändert.						
Mehl per 100 Kilo in Parthieen von 100 Etr. . . .					78	—
Mehl per 100 Kilo feinstes					80	—
Gereinigtes Del per 100 Kilo 3.— W. höher als Mehl.						
Preßkuchen per 1000 Kilo					158	—
Weizen-Vorschuß 00 per 100 Kilo					33	—
Kleien per 50 Kilo					5	60
Mehl und Kuchen unverändert.						

Deutschland.

NPC. Berlin, 6. Decr. Das Abgeordnetenhaus
setzte in seiner heutigen (29.) Sitzung die Beratung über den
Antrag Richter betreffend die Verwendungen aus den Einkünften
des beschlagnahmten Vermögens des Königs Georg fort. — Abg.
v. Schorlemer-Mast erklärte zunächst im Gegensatz zu seinem
politischen Freunde Windthorst für den Antrag stimmen zu wollen.
Auf die Sache selbst näher eingehend, wendet Redner sich sodann
zu den gestrigen Äußerungen des Finanzministers. Die Erklä-
rung, daß der sog. Welfenfonds keine Staatsgelder seien, habe
ihn sehr erfreut, aber das entbinde die Regierung nicht von der
allgemeinen konstitutionellen Pflicht, Rechenschaft darüber zu geben,
wie weit die Einkünfte aus dem Welfenfonds nach dem Gesetze
vorschriftsmäßig und gesetzmäßig verwendet werden. Daß die
Substanz des Fonds nicht angegriffen worden, wolle er gerne
glauben, darum handle es sich aber gar nicht, es handle sich
nicht um die Obligationen, sondern um die Coupons bzw. wie
diese verwendet werden. Und in Bezug hierauf verweigere nun
die Regierung jede Auskunft und erkläre sich solitarisch in dieser
Stellung. Er seinerseits hätte gewünscht, daß sie dem Urheber
und dem Beherrscher des Reptilienfonds, dem Fürsten Bismarck,
die Verantwortung allein überlassen hätte, dann würde ihrerseits
viel Ehre gerettet worden sein. Hätte die Regierung — er spreche
nicht von den Personen, sondern betreffs der Verwendung des
Reptilienfonds — reine Hände, so wisse er nicht, es würde
Auskunft gegeben worden sein. Nun werde gesagt, die Verwen-
dung sei nach wie vor notwendig gegen die sog. Reptile.
Er behaupte, umgekehrt durch die Mittel aus dem Welfenfonds seien
die allerfeinsten Reptile geschaffen worden, die Reptile in der
Korruption der Presse, im Demagogentum, in der Spionage
und in allen möglichen Uebelständen. Er könne sagen, daß der
Welfenfonds oder der Reptilienfonds geradezu gegen seinen Herrn
und Meister ausgeslagen ist, denn er sei eine Signatur der bei
uns herrschenden Demoralisation und Korruption, die den Fürsten
Bismarck im höchsten Grade compromittirt (Sehr wahr!). Zum

Die Schottischen.

Eine Erzählung von Joh. van Dersall.

(Fortsetzung.)
Nach acht Tagen tritt der Baron schon die Kofita mit einem
Neikleide, und als die beiden Liebenden zum letzten Male mit
einander hinaus galoppirten in den Wald, da sah Gräfin Valesca
zum ersten Male stolz auf dem Rücken des nun gebändigten
Hoffes, und von da an war es ihr erklärter Liebling.
Und doch — wie schweigend und bekümmert war jenen Wei-
den heute zu Muthe! Die schöne Zeit war nun vorbei, — morgen
ging's ja an's Scheiden.
Es ist bestimmt in Gottes Rath,
Das man vom Liebsten, was man hat,
Muß scheiden, — — —
Obwohl doch auf der ganzen Welt
Dem Herzen nichts so teuer fällt,
Als Scheiden! — — —
Wer in seinem Leben hätte dies nicht schon einmal empfun-
den! —
Schweigend ritten sie dahin, die Herzen so voll, so übertoll
und doch konnte keines das große Wort aussprechen.
„Erzählen Sie mir von Ihrer Mutter, Ihren Schwestern,“
sprach Valesca, um der Heimat zu sprechen und den Seinen,
dann von Constanz begann von der Heimat zu sprechen, dem Leben
in der Garnison, — von Allem sprachen die Weiden, nur von
dem Ginen nicht, was sie so ganz erfüllte.
Gräfin Valesca war blaß und der Baron in einer nicht zu
verbergenden Aufregung. — Sie wagten gar nicht einander an-
zusehen.
So traten sie eine lange Weile dahin, durch den stillen
dröhnenden Forst. Im Vorbeigehen rief Constanz einen kleinen
Tannenzweig ab und steckte ihn in's Knopfloch.
„Das ist das Grün meiner Heimat,“ dieser Tannengeruch
erinnert mich an die liebe alte Mark Brandenburg,“ sprach er
begeistert.
Valesca schwieg, aber sie warf einen verstohlenen Blick auf
das kleine Reis und starrte dann in Gedanken verloren nach
einer anderen Richtung.
Als sie dann das Schloß schon im Gesicht hatten, sprach die
wilde Gräfin: „Also das war nun das letzte Mal, daß wir so

Schluß macht Redner die nationalliberale Partei noch darauf auf-
merksam, daß grade sie das Vergnügen habe, von den aus dem
Reptilienfonds gespeisten Organen angegriffen und unterminirt zu
werden. „Wenn Sie dennoch heute gegen den Antrag stimmen
würden, dann muß ich allerdings sagen, ich bewundere die Größe
ihrer Hingebung für das Ministerium und den Fürsten Bismarck
in einem solchen Maße, daß ich keine Worte finde, der Verwun-
derung für solche Seelengröße Ausdruck zu geben (Heiterkeit und
Beifall). — Abg. Dr. Löwe (Wochm) kennt nur zwei Auswege
aus dem Dilemma des Welfenfonds, entweder man gebe die 16
Millionen dem König Georg oder dem preussischen Staate zurück,
er würde sich für die letztere Alternative erklären. — Abgeord.
Wichow geistelt in sehr scharfer Weise das Aufstreben der Rep-
tilienpresse. Der Zustand sei in dieser Beziehung geradezu uner-
träglich geworden, es sei eine Art von Cynismus hineingekom-
men, der früher unerhört gewesen. Dieser Zustand schädige nicht
blos den Zustand einer Partei, sondern das Land selbst. Es sei
daher an der Zeit, endlich einmal eine anderweitige Ordnung der
Dinge herbeizuführen. Man müsse einen Druck auf die Regierung
ausüben, damit deren Verbindung mit den schlechtesten Elementen
der Presse endlich aufhöre (Beifall). — Abg. Lasker hält an
seiner schon früher ausgesprochenen juristischen Meinung fest, daß
die Regierung eine Verpflichtung zur Rechnungslegung nicht habe,
dagegen hält er sie für verpflichtet, nachzuweisen, daß sie den
Fonds innerhalb des Gesetzes, nicht aber etwa zu mittelbaren
Zwecken verwendet habe. Persönlich sei er auch der Meinung,
die Regierung thäte gut, wenn sie offen erkläre, dies ist zu ge-
heimen, dies zu anderen Zwecken verwendet. Es sei kein glück-
licher Zustand eines Landes, wenn ein Gegenstand vorhanden ist,
der die Sympathien gegen die Regierung untergraben müsse. Die
Regierung sollte daher dem Hause die Hand dazu bieten, diesen
unheilvollen Zustand zu beseitigen (Beifall). — Abg. Dr. Brühl
wird für den Antrag stimmen. Er wolle mit seinen Kräften
dahin wirken, daß die fittlichen Mißbräuche aufgedeckt und besei-
tigt werden, welche durch diesen Fonds hervorgerufen werden.
Diejenigen Herren, welche für das Gesetz gestimmt, könnten sich
über diese Mißbräuche nicht beklagen, denn wer Wind fäet, wird
Sturm ernten. — Finanzminister Camphausen vervollständigt
hierauf seine gestrige Erklärung noch dahin, daß das gesammte
mobile Vermögen des Königs Georg in Staatsobligationen an-
gelegt und unverändert vorhanden sei. Hierbei benutzte der Mi-
nister zugleich die Gelegenheit, anknüpfend an eine Bemerkung
des Abg. Richter, seinen sonst sachlichen Auseinandersetzungen die
Bemerkung hinzuzufügen, daß er bei Erklärungen, die er in sei-
nem Namen abgibt, ebensoviel seine Stellung als Vizepräsident
des Staatsministeriums, wie seine Stellung als Finanzminister
vor Augen habe, und daß er sich niemals einer so „jesuitischen“
Anweisung schuldig machen werde (Lärm im Centrum). Eine Frage
in dem einen Sinne zu bejahen, in dem anderen zu verneinen.
Ich wünsche, schließt der Minister unter dem heftigen Widerspruch
des Centrums, den Zeitpunkt herangeholt zu sehen, wo der Kampf
gegen die römische Hierarchie ein Ende nehmen kann, und ich
wünsche nicht minder, daß der damit im engsten Zusammenhange

stehende Kampf der welfischen Agitation ebenfalls bald ein Ende
nehmen möge. — Abg. Miquel verliest vor Schluß der Dis-
kussion eine Erklärung der nationalliberalen und freiconservativen
Abgeordneten aus Hannover, in welchem dieselben unter Wahrung
der Rechte des Königs Georg an dem beschlagnahmten Vermögen
ihre ablehnende Stellung zu dem vorliegenden Antrage motiviren.
— Nachdem sodann noch Abg. Windthorst (Meppen) in per-
sönlicher Bemerkung dem Minister Camphausen begreiflich macht,
daß der „jesuitische“ Grundgedanke von dem preussischen Minister
Gosmann in der letzten Reichstagsession offen anerkannt worden,
da derselbe seine Stellung als Präsident des Reichskanzleramts
mit seiner Stellung als preussischer Staatsminister bebedt habe,
wird der Antrag Richter mit allen gegen die Stimmen des Cen-
trums, der Fortschrittspartei und der Polen vom Hause verwor-
fen. — Das Haus beschäftigte sich sodann vor fast leeren Hän-
den mit dem Kommunalsteuergesetz, das nach längerer Debatte an
eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen wurde,
von wo es voraussichtlich, wie Abg. Richter sich ausdrückte,
demnächst einen Platz in der großen Familiengruft finden wird,
in welcher die Wegeordnung und die Novelle zur Städteordnung
sehr bald Aufnahme finden werden. — Nächste Sitzung Freitag
11 Uhr. L.-D.: Interpellation v. Schorlemer-Mast über den
Stand der Zollverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und Fort-
setzung der Staatsberatung.

Berlin, 7. Dec. Im Abgeordnetenhaus begründete
der Abg. von Schorlemer-Mast seine Interpellation wegen der
handelspolitischen Verhandlungen Deutschlands mit Oesterreich-
Ungarn. Handelsminister Achenbach erklärte, die Regierung würde
zwar unter anderen Umständen selbst den Wunsch hegen, dem
Hause Mittheilung zu machen, gleichwohl sei die Regierung dazu
nicht in der Lage, weil die abgebrochenen Verhandlungen mit
Oesterreich neuerdings wieder aufgenommen worden seien. Schließ-
lich betonte der Handelsminister, daß die Verhandlungen aus-
schließlich Reichssache seien. Ausführlicheren Bericht werden wir
in der morgigen Nummer bringen.

Berlin, 6. Decr. Der Antrag Oesterreichs auf Verlän-
gerung des Handelsvertrages bis zum 1. Juli 1878
ist hier eingetroffen.

Von verschiedener Seite wird behauptet, daß man an
maßgebender Stelle die Einführung des Tabak-Mon-
pols für das Reich in Aussicht genommen habe. Unverkennbar
wird aber versichert, daß manche Personen wohl dafür, aber an-
dere, die auch mitzureden hätten, total dagegen seien, und daß
das Gerücht nur den Zweck habe, zur anderweitigen Vermehrung
der Reichssteuer williger zu machen. Es sind schon verschiedene
Vorschläge für Erhöhung der Einnahmen aus dem Tabak ge-
macht worden; allein man ist damit noch zu keinem Abschluß
gekommen, weil man den Tabakbau und die Tabakindustrie
möglichst wenig schädigen möchte. Augenblicklich soll, wie die
„Post. Ztg.“ berichtet, die Frage in Erörterung stehen, ob es
möglich sei, den Eingangszoll auf Rohtabak von 15 Mark auf
45—50 Mark unter gleichzeitiger Erhöhung der Morgensteuer
von 18 Mark auf 30—35 Mark zu erhöhen. Wegen diesen

und der märtliche Baron wäre ihm schon recht gewesen, aber wie
die Sachen nun einmal standen, nach einem so blutigen, theuer
bezahlten Kriege seine Verwandte einem Preußen zur Frau zu
geben, — das war geradezu unmöglich, — augenblicklich wenig-
stens undenkbar.

Graf Dyrn und seine Gattin ließen die Sachen daher gehen,
wie sie wollten; das ganze Benehmen ihres Gastes, den sie auf-
richtig lieb gewonnen hatten, bürgte ihnen dafür, daß er es ver-
stehen würde, seine Gefühle im Zaum zu halten; — für jetzt
mußte dies unbedingt erwartet werden, — was dann später ge-
schah, — in Zukunft, — das lag in Gottes Hand.

Hätte Constanz von Hohenbrud dies doch nur geahnt, hätte
er nicht die vorgefasste Meinung gehabt, daß Graf und Gräfin
Dyrn ganz andere Pläne mit ihrer schönen Nichte hätten, hätte
er es doch nicht für nur zu natürlich gehalten, daß Graf Cajetan
unbedingt ein so reizendes Geschöpf wie Valesca Gennyp lieben
müßte — daß sie ihm bestimmt wäre und nur das Bewußt-
sein des gesicherten Besitzes ihn so wenig eifersüchtig und so phleg-
matisch derselben gegenüber erscheinen ließ, — er hätte sich vielen
Kummer, viele schlaflose Stunden erspart. Wäre er nur nicht so
zartfühlend in diesem Punkte gewesen und hätte nur einmal dem
Freunde gegenüber offen sich ausgesprochen — aber er, der edle
Führer, war in diesem Punkte schüchtern wie ein Mädchen.

Ein wahres Glück für ihn war es daher, daß Graf Cajetan
sekt begann, mit der Rose aufzuziehen, ihn mit seiner Cousine
zu naden, — und wie nun ein Wort das andere gab, und jener
merkte, — dem lieben Preußen das Herz so schwer drückte, ihn
mit einem Male in die Arme schloß und ausrief:

„O, du närrischer und du bester selbstquälerichster aller Men-
schen; — Das also ist's was dich bestürmt, — darum gehst
du so gedankenschwer einher! — O, ich Thor, daß ich das nicht
langst gemerkt habe, — aber wer kann denn so was auch nur
denken! — Ich und die Valesca wir sind ja wie Bruder und
Schwester zusammen. — Schau, Bruderherz, wenn man so mit
einander aufgewachsen ist, fast von Kindesbeinen an, — nun schau
— da ist das so ein eigenes Ding, — da hat man sich wohl
herzlich lieb — aber lieben, nein, lieben thue ich die Valesca
nicht, gut bin ich ihr nur, und das verdient sie. — Schau,
schau, wie du nun auf einmal drein siehst! — Gelt, das war
ein Stein vom Herzen — o ich dummer Teufel, warum hab' ich
das nicht eher gewußt!“

In der That, dem Fürsten war's, als träumte er, — nein,
als erwachte er aus einem schweren, schweren Traume. — Mit

Vorschlag erheben sich vorzugsweise die Seefahrer, welche darin eine bedenkliche Erhöhung des Schutzes für Tabak finden, gleichzeitig aber auch die Vertreter der Tabakbau treibenden Gegenden, welche bestreiten, daß eine Erhöhung der Morgensteuer ohne Ruin des Tabakbaues möglich sei.

Die Post schreibt: Als spätesten Termin des Zusammentritts des Reichstages ist der 1. Februar in Aussicht genommen. Zum 1. Januar soll ein veränderter Tarif für Telegramme zu erwarten sein.

Im Herrenhause ist von v. Wedell und 13 anderen Mitgliedern des Hauses ein Antrag auf Erlass eines Gesetzes, betreffend die Behandlung der aus dem Dienstvertrags zwischen Herrschaft und Gefinde entstehenden Streitigkeiten unter Befugung eines Entwurfs zu einem solchen Gesetz gestellt worden.

Der Handelsminister hat dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Schaupolizeigesetzes zur Beratung vorgelegt. Die in diesem Gesetze zum Schutz der Kaufleute und zur Regelung des Verkehrs auf denselben enthaltenen Vorschriften sollen nicht bloß in dem Geltungsbereich der Verordnungen, sondern in der ganzen preussischen Monarchie Anwendung finden.

Die Spezial-Justizkommission trat gestern in die Beratung des Entwurfs über die Eide der Landgerichte ein. Die Verhandlung begann mit der Provinz Preußen und wurden unter Ablehnung aller gegenwärtigen Petitionen in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage die dort bezeichneten 14 Landgerichte unverändert genehmigt. Als allgemeines Prinzip wurde hingestellt, daß es sich empfehle, wo die Entscheidung zwischen Orten auf scheinbar gleich gewichtige Gründe für den einen oder anderen Ort zurückzuführen sei, der Regierungsvorlage zu folgen, da deren Entscheidung jedenfalls als das Ergebnis eingehender Würdigung angesehen werden müsse. Welche man in solchen Fällen von dem Entwurf ab, so sei nicht abzugehen, wie eine definitive Feststellung erfolgen solle, wenn das Herrenhaus in derartigen Zweifelsfällen wiederum anders votire, als das Abgeordnetenhaus. Von größter Wichtigkeit sei daher die erste Entscheidung des einen der drei Faktoren der Gesetzgebung. Es wurde ferner betont, daß die Entfernungen an sich bei der heutigen Entwicklung des Verkehrslebens und der Kommunikationsmittel von keiner durchschlagenden Bedeutung seien. Endlich wurde die Nothwendigkeit hervorgehoben, den Zusammenhang der Provinzen nicht ohne die zwingendsten Gründe zu alteriren.

Dr. Hermann's Entlassungs-Gesuch macht begreiflicher Weise fortwährend von sich reden. Der Präsident des Oberkirchenrathes wird, wie man der Magdeb. Ztg. schreibt, darauf bestehen, daß ihm seine Pensionierung nicht vorenthalten bleibt, und hieran dürfte das Bemühen des Cultusministers, Dr. Hermann das Verbleiben im Amte dringend anzurathen, nichts ändern. Im Abgeordnetenhaus wurde, dem genannten liberalen Blatte zufolge, vielfach geltend gemacht, von Dr. Hermann's Ausbarren auf seinem Posten möchte auch Dr. Falk die Beibehaltung seines Portefeuilles abhängig machen; doch wurde dieser Version die andere entgegengesetzt, dem Cultusminister wäre das von Dr. Hermann eingereichte Entlassungs-Gesuch völlig unerwartet gekommen, und es läge für Dr. Falk keinerlei Anlaß vor, den persönlichen Wünschen Hermann's in den Weg zu treten. Die Vorgänge auf der Berliner Stadt-Synode, ganz besonders aber auch der Fall Hübner sind für Dr. Hermann bestimmend, sich von seinem jetzigen Amt zurückziehen und Preußen zu verlassen.

Berlin, 7. Dec. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt officios: „Der mit großer Bestimmtheit verbreiteten Angabe, daß der Herr Reichsanwalt im Laufe dieses Monats nach Berlin zurückkehren werde, bedauern wir widerprechen zu müssen. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Berlin ist der Gesundheitszustand des Fürsten der Art, daß eine Verwendung seines unbestimmten Urlaubs jedenfalls in nächster Zeit, vielleicht sogar vor dem künftigen Frühjahr, nicht rathsam sein werde.“

Posen, 5. Decbr. In der Interpellation des Abg. Dr. v. Stabinski am 23. v. M. war die Zurückweisung eines Briefes und einer Postanweisung für neun Tauffeine seitens des „Staatspfarrers“ Brent erwähnt worden, das Kreisgericht von Kosten hat den Interessenten auf seine Beschwerde an die Regierung gewiesen, und letztere den „Staatspfarrer“ veranlaßt, einzulösen. Herr Brent erwidert jetzt den betr. Herrn, entweder persönlich oder durch Deputirten einen Irrthum in dem Datum eines Geburts tages aufzuklären; dann könne er die Akte erhalten.

Münster, 7. Dec. Der Kaufmann Albers hieselbst hatte im Verein mit einer Anzahl Katholiken einen öffentlichen Aufruf an die katholischen Eltern gerichtet, ihre Kinder nicht in solche Schulen zu schicken, in denen der Religionsunterricht von Lehrern erteilt wird, die nicht die missio canonica besitzen. Dieser Aufruf wurde vom Staatsanwalt als eine öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die bekannte Anordnung des Cultusministers aufgefaßt, und er klagte den Albers und Genossen auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuchs an. Das Appellationsgericht zu Münster sprach jedoch die Angeklagten frei, weil dort noch Schulen vorhanden sind, in welchen der Religionsunterricht von Lehrern, die im Besitze der missio canonica sind, erteilt wird, und den Eltern die Wahl der Schule freisteht. Die dagegen vom Oberstaatsanwalt eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obertribunal zurück-

gewiesen, indem es in seinem Erkenntnis motivirend ausführte: „Der Appellationsrichter spricht den vollständig richtigen Satz aus, daß die Eltern vermöge des Schulzwanges nur verpflichtet seien, entweder selbst für den Schulunterricht zu sorgen, oder ihre Kinder in die öffentliche Volksschule zu schicken, und gegen die gesetzliche Bestimmung über den Schulzwang nur verstoßen, wenn sie in beiden Richtungen ihre Pflicht nicht erfüllen. Indem er aber zugleich den in Rede stehenden Aufruf dahin auslegt, daß in demselben eine Aufforderung zur Verletzung dieser Pflicht nach beiden Richtungen hin nicht enthalten sei, vielmehr nur dazu aufgefordert werde, die Kinder von einer solchen Schule zurückzuführen, in welchen der Religionsunterricht durch einen nicht mit der missio canonica versehenen Lehrer erteilt werde, trifft er eine thatsächliche Feststellung, welche sich der Kritik des Nichtigkeitsrichters entzieht. Wenn sodann der Oberstaatsanwalt gegenüber der Ausführung des Appellationsrichters, es seien hier zu Lande noch Schulen vorhanden, in welchen der Religionsunterricht von einem im Besitze der missio canonica befindlichen Lehrer erteilt werde, und so lange dieses der Fall, würde sich eine Aufforderung, die Kinder von einer Schule, in welcher der Religionsunterricht von einem nicht mit der missio canonica versehenen Lehrer erteilt werde, fernzuhalten, nicht unter den § 110 subsumiren lassen, geltend macht, jener Aufruf sei doch nicht allein für die Jetztzeit, sondern, wie seine allgemein gehaltene Fassung ergebe, auch für die Zukunft bestimmt und eben so für Gegenden, wo sich Schulen befinden, deren Lehrer die missio canonica nicht haben, so bewegt sich dieser Einwand gleichfalls auf dem Gebiete der Auslegung des Auftrufs, also auf dem thatsächlichen Gebiete, welches der Beurtheilung des Nichtigkeitsrichters verschlossen ist.“

Vom Niederrhein, 6. Dec. Die Katholiken Hollands sind in nicht geringer Besorgniß, der „Culturkampf“, wovon sie bislang verschont blieben, möchte unter dem jetzigen liberalen resp. radicalen Ministerium, das einem der katholischen Kirche wohlwollenden conservativen Cabinet gefolgt ist, auch bei ihnen in Scene getreten werden. Einzelne Sturmvoegel haben sich schon gezeigt, und das „Venloer Wochenblatt“ fordert die Katholiken auf, sich zu organisiren und auf dem Posten zu stehen. In einem „Culturkampf oder nicht?“ überschriebenen Artikel des genannten Blattes vom 1. Dec. heißt es zum Schluß in einer etwas originellen Weise: „Wir wollen den „Culturkampf“ nicht; denn 1. Derselbe ist in Deutschland mißglückt. Das ermutigt nicht zur Nachfolge; 2. Gewissenszwang liegt gegen die niederländischen Volksart; 3. der Mann, der uns verfolgen soll, unser muß noch geboren werden; 4. hohe Sprünge zu machen ist nichts für kleine Staaten. Sie müssen sagen, daß sie am Leben bleiben.“

M. Aus Hesse-Darmstadt, 6. Dec. Auf Anregung des protestantischen Ober-Consistoriums ist sowohl seitens des Großh. Ministeriums als auch seitens einer Reihe von Kreisämtern die strengere Handhabung der Sonntagsfeier eingeschärft worden. Das kann nur gelobt werden. Gerade in diesem Jahre wurde namentlich auch von den Landeuten in sehr vielen Gemeinden der Sonntag durch fleißige Arbeiten in ausfallender Weise entheiligt. Es ist selten, daß von Seiten der Ortsbehörden hierbei eingeschritten wird, und es kann daher nur gebilligt werden, wenn die vorgesetzte Behörde endlich einschreitet und namentlich der Ortsbehörde auf die Finger sieht. Die Entheiligung des Sonntags hat sich noch immer gerächt. — Der Darmstädter Cassationshof hat dieser Tage eine sehr wichtige und folgenreichere Entscheidung getroffen, indem er den wegen unbefugter Ausübung eines geistlichen Amtes beschuldigten lutherischen Pastor Lucius zu Wilsa (Oberhessen) im Gegenstande zu den Vorberathungen freisprach, weil er davon ausging, daß nur die unbefugte Uebnahme eines geistlichen Amtes, nicht aber die hieraus weiter entpringenden geistlichen Funktionen als eine nach den bestehenden kirchengegebenen strafbare Handlung zu betrachten sei, eine Auffassung, welche selbst von der Staatsbehörde getheilt wurde.

△ Aus Baden, 5. Dec. Wie anderwärts, so bildet auch bei uns im Baden die Unterbringung der fortwährend wachsenden Menge von Gefangenen den Gegenstand hervorragender Objorge der Staatsverwaltung; ein Verhältnis, das man zu keiner früheren Zeit gekannt hat. Es ist unbefreitbar eine mit der „liberalen“ Aera aufstrebende und von derselben hervorgerufene Erscheinung. Unseren liberalen Herren Volksvertretern, welche in den jüngsten Tagen bei Gelegenheit der Adressenabgabe die Zustände in Baden als ihr Werk in so lichten Farben dargestellt haben, ist zum Belege vor die Augen zu führen, daß in der sog. Reaktionsperiode von 1850 bis 1860, in der Zeit, während welcher mit Rom über das Concordat verhandelt ward, die babilonischen Gefängnisse sich entleerten. In einem offiziellen Bericht aus den ersten 60er Jahren steht das schwarz auf weiß gedruckt. Das Schloßchen Kislau, welches als sog. Staatsgefängniß gebient hatte, wurde verkauft. Jetzt aber, in der Periode der „liberalen“ Aera, kam die Großh. Regierung in die Nothwendigkeit, nicht allein in Freiburg ein großartiges Gefängniß bauen zu müssen, sondern das 3. verfallene Kislau wieder zu mieten, und wie wir kürzlich sahen, soll auch das sog. Staatsgefängniß im Schloß zu Rastatt nunmehr zur Aufnahme von gewöhnlichen Strafgefangenen bestimmt werden sein.

H Aus Baiern, 5. Dec. In dem Dorfe Mering, wo vor mehreren Jahren auf Betreiben ihres von der Kirche abgefallenen Pfarrers Rensile viele Familien zum Ultratholismus übergetreten waren, sind neuerdings wieder mehrere Familien in den Schoos der römisch-katholischen Kirche zurückgekehrt und es ist alle Hoffnung vorhanden, daß in Wölde der „Ultratholismus“ in Mering ganz einschläft. — Bei der Reichs-(Stich-)Wahl im Wahlkreis Rixingen ist bekanntlich der „ultramontane“ Candidat, Graf Schönborn, mit 9485 gegen 8517 Stimmen, die auf den „liberalen“ Candidaten fielen, gewählt worden. Die Protestanten stimmten Mann für Mann „liberal“. Aber auch die katholischen Wähler hatten sich besser aufgefaßt als bei der ersten Wahl. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann würden die „Liberalen“ den Sieg errungen haben. Bei der ersten Wahl erhielt der „ultramontane“ Candidat 7604 und der „liberale“ 7587 Stimmen. — Die pfälzische General-synode hat den Beschluß gefaßt, an den König die Bitte zu richten, er möge das Consistorium ermächtigen, zum Zwecke der Herbeiführung eines gemeinsamen Buß- und Bettages und einer gemeinsamen Feier des Reformationsfestes mit den anderen protestantischen Kirchenbehörden Deutschlands in Unterhandlung zu treten. Die Frage, ob Sonntag oder Sonntag, wurde offen gehalten.

*) Aus Elsaß-Lothringen, 6. Dec. Uebermorgen tritt der Elsaß-lothringische Landesausschuß in Folge kaiserlicher Verordnung auf die Dauer von 14 Tagen in Straßburg zusammen. — Es scheint bei einer gewissen Eligue im Elsaß auf eine Katholikenhebe förmlich abgesehen zu sein. Fast sämtliche größere und kleinere Kreisblätter, welche größtentheils auf Kosten der Katholiken unterhalten werden, schimpfen tagtäglich in unerhörter Weise auf die Katholiken. Kein Tag geht vorüber, ohne daß gegen sie der Haß geschürt, die Verleumdung geweht und die Leidenschaften aufgestapelt werden. Die Katholiken stehen Allem dem wehrlos gegenüber; es wird ihnen bekanntlich nicht einmal gestattet, mit ihrem Gelde ein katholisches Blatt zu gründen. Bereits ist seitens eines Beamten ausgesprochen worden, es müsse mit den Klerikalen ausgeräumt werden, denn nur dann könne das Land gedeihen. Unter solchen Umständen wäre es wirklich gar nicht zu verwundern, wenn der Böbel einmal auf die Katholiken loskürte.

Frankreich.

Paris, 6. Dec. Der Marischall-Präsident hat gestern und heute Dufaure empfangen. Die Verhandlungen wegen Bildung eines parlamentarischen Ministeriums werden fortgesetzt.

Die „Agence Havas“ meldet: Nachdem heute eine abermalige Unterredung mit dem Marischall-Präsidenten stattgefunden, hat Dufaure die Aufgabe übernommen, sich mit der Bildung eines neuen Cabinets zu befassen.

Das neue Centrum scheint aus dem linken Centrum her vorzugehen. Das rechte Centrum will nicht betheiligt sein, wird aber das Cabinet unterstützen. Die Majorität des Senats ist demselben gesichert; gegenwärtig sind Besprechungen eingeleitet, um ihm auch die Majorität in der Deputirtenkammer zu sichern. Das leitende Comité der Linken gab den Wunsch zu erkennen, direct mit Dufaure zu conferiren.

Paris, 8. Dec. Die Agence Havas' veröffentlicht folgende Note: Mac Mahon hatte Dufaure mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Dessen Bedingungen waren vom Marischall acceptirt, der seinerseits als einzige Bedingung die Beibehaltung des Ministers des Krieges, der Marine und des Inneren forderte. Keine Schwierigkeiten schienen sich über diesen Punkt zu erheben, denn alle früheren Ministerien hatten zugegeben, diese ministeriellen Departements müßten im Interesse des Landes und der Armee außerhalb der Parteien bleiben. Im letzten Augenblick wurde aber die Vertheilung dieser Portefeuilles von dem in Aussicht genommenen Ministerium reclamirt. Der Marischall konnte nicht die Modification unterzeichnen, welche ihm der guten Organisation der militärischen Streitkräfte und dem Geiste der Gleichförmigkeit der diplomatischen Beziehungen zuwider schien. Die Verhandlungen wegen Bildung des Cabinets wurden daher abgebrochen, Dufaure von der bereits übernommenen Mission entbunden und Batbie in's Elisee berufen und mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt.

Paris, 8. Dec. Laut Telegramm der „Köln. Ztg.“ richtete der Marischall, der seit 2 Uhr Nachmittags in Versailles weilte, diesen Morgen ein Schreiben an den Präsidenten des Senats, worin er demselben anzeigt, daß Ansprüche, die er nicht habe annehmen können, erhoben worden seien und er auf die Bildung eines Ministeriums Dufaure verzichte. Die Constitutionellen des Senats hielten heute eine Parteiverammlung; Vocher sprach gegen die Bewilligung der Auflösung der Deputirtenkammer; die Ansichten über die Stimmung der Mehrheit dieser Gruppe lauten jedoch durchaus widersprechend. Wenn das Ministerium diesen Abend nicht durch Batbie zu Stande gebracht wird, so wird, wie man hört, der Marischall am Montag den Senat um Zustimmung zur Auflösung der Deputirtenkammer ersuchen und in der betreffenden Botschaft erklären, daß, wenn der Senat seine Zustimmung verweigere, er keine Entlassung nehmen werde.

Verfaßtes, 8. Dec. Die Sitzungen beider Kammern sind geschlossen, ohne daß irgend ein Zwischenfall vorgekommen wäre, geeignet, die Situation aufzuklären. — In einer Rede die Batbie, in einer Verammlung der constitutionellen Gruppe hielt, sagte er der Marischall habe alle mit der Ehre verträglichen Zugeständnisse gemacht. Die constitutionellen möchten ihm künftig folgen selbst bis zu einer zweiten Auflösung.

Italien.

Rom, 6. Dec. Das Befinden des Papstes ist besser. — Die italienische Regierung hat ein Schiff nach Antivari geschickt, um nöthigenfalls die italienischen Unterthanen zu beschützen. Der Dampfer „Sollia“, welcher als Stationschiff an die albanische Küste gegangen war, ist wegen Unwetters nach Brindisi zurückgekehrt.

England.

London, 6. Decbr. „Standard“ spricht die Ansicht aus, es sei ein vollständiger Irrthum, wenn man glaube, daß England gegen das vage Versprechen, seine Interessen sollten nicht berührt werden, die Feststellung der Friedensbedingungen der Tripelallianz der Kaiserthümer überlassen könne. Für die Herstellung des geregelten europäischen Friedens sei es wesentlich, daß Englands Vertreter jeden Punkt des russisch-türkischen Friedensvertrages direct diskutiren und seien dieselben dafür politisch und persönlich verantwortlich. Weniger könne ein Land nicht verlangen, welches noch immer beansprucht, eine europäische Großmacht zu sein, und es auch thatsächlich noch immer sei.

London, 8. Dec. Infolge einer Meldung des „Standard“ überbrachten zwei Tschirkeffen dem Seraskier einen Brief Osman Pascha's datirt vom 29. November. Osman machte im November neun siegreiche Ausfälle, wobei die Russen viele Leute verloren; er hat genug Lebensmittel und Munition und hofft sicher, die Russen würden die Belagerung aufgeben müssen. Nach dem „Daily Telegraph“ ist die russische Stellung vor Erzerum kritisch, weil die Kurden die Kommunikation bedrohen; es liegt tiefer Schnee, Muthar erhielt große Verstärkungen und hofft, Erzerum zu halten.

Türkei.

Constantinopel, 6. Dec. Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Constantinopel 5. Dec.: Während der letzten Tage tauchten im Schoos des Cabinets so erhebliche Differenzen auf, daß der Großvezir sich bemüht glaubte, seine Entlassung zu nehmen. Der Sultan wollte jedoch in dem gegenwärtigen kritischen Momente die Demission nicht annehmen, und ist so dem persö-

einem Male lächelte ihn das Leben wieder hell und rosig an, — Balesca ist frei! — Balesca ist frei!! —
Muth, Muth — nun kann noch Alles gut werden!
Noch einmal umarmten sich die Beiden und sprachen dann lange mit einander, bis es Zeit war zum Essen.
Allen fiel es auf, wie verändert heute der Gufar war, wie seine Mienen strahlten vor Glück und Hoffnung und wie schön und blaß Comtesse Balesca ihm gegenüber saß.
Doch genug davon!
Am anderen Morgen reiste der Gufar ab, Graf Dyren brachte ihn selbst bis Madno, von wo aus er mit der Eisenbahn nach Prag und von dort zu seinem Regimente fuhr.
„Denken Sie daran, lieber Konstant, daß Sie einer der Unfrigen sind, daß Dyrenheim ihre zweite Heimath ist, daß Sie eine tiefe Wunde in unfrem kleinen Kreise zurück lassen. Gott behüte Sie! — Auf ein frohes Wiedersehen!“ — Das waren des Grafen letzte Worte gewesen beim Scheiden.
(Fortf. folgt.)

Ueberrumpelt tritt
Folge kaiserlicher
Straßburg zu
im Elsaß auf
sein. Fast sämt-
lich tagtäglich in
geht vorüber,
umdung geweht
Katholiken stehen
bekanntlich nicht
Blatt zu grün-
den, denn nur dann
ändern wäre es
einmal auf die

hat gestern und
wegen Bildung
gelehrt.
heute eine aber-
n stattgefunden,
mit der Bildung

ten Centrum her
beiligt sein, wird
des Senats ist
ungen eingeleitet,
immer zu sichern.
isch zu erkennen,

ffentlich folgende
eines neuen
vom Marzfall
die Beibehaltung
Kenseren forberte.
Bunt zu erheben,
diese ministeriellen
s und der Armee
Augenblick wurde
n in Aussicht ge-
n konnte nicht
uten Organisation
der Gleichförmig-
schen. Die Ver-
den daher abge-
nen Mission ent-
mit der Bildung

Aln. Stg.' richtete
Verlaßes weißt,
den des Senats,
die er nicht habe
auf die Bildung
institutionellen des
oder sprach gegen
ammer; die An-
Gruppe lauten
ministerium diesen
wird, so wird, wie
enat um Zustim-
den und in der
Senat seine Zu-
n werde.
er Kammern sind
gekommen wäre,
Rede die Balle,
ippe hielt, sagte
glichen Zugestän-
um künftig folgen

Ansicht aus, es
de, daß England
Allen nicht berührt
bedingungen
überlassen könne.
Friedens sei es
des russisch-tür-
dieses das
Beniger könne ein
beanpruche, eine
ich noch immer sei.
des 'Standard'
inen Brief Osman
achte im November
eute verloren;
hofft sicher, die
ssen. Nach dem
Erzernum kritisch,
es liegt tiefer
o hofft, Erzernum

Correspondenz/
der letzten Tage
Differenzen auf,
ne Entlassung zu
wärtigen kritischen
so dem person-

lichen Eingreifen des Sultans zu verdanken, daß Obem's Ver-
bleiben gesichert ist. Die Differenzen betreffen interne Angelegenheiten.

Vom russisch-türkischen Kriegeschauplatz.

Petersburg, 6. Dec. Officielles Telegramm aus Bogot vom 5. d. Am 3. d. fanden bei dem Detachement des General Gurto zwei glänzende Gefechte statt. Erstens ging die Abtheilung des General-Majors Kurnakoff aus dem Pässe von Slatiga vor und besetzte die Dörfer Kiskoi und Tschipoletsch, indem sie die Türken zwang, sich in das besetzte Lager von Slatiga zurückzuziehen. Gleichzeitig ging Oberst Graf Komarowsky gegen Slatiga von der Ostseite von Terewen aus vor. Beide Abtheilungen sollen gegenwärtig schon in Fühlung mit einander getreten sein. Zweitens aber erkrankte die Abtheilung des Generals Ellis die türkische Stellung bei Arabatona beherrschenden Anhöhen, westlich von der Chaussee nach Sofia. Dieser Kampf hatte folgenden Verlauf: Als unsere Vortruppen die gedachten Anhöhen erstiegen, wurden dieselben von Morgens 10^{1/2} Uhr an bis Nachmittags 3 Uhr von 12 Tabor's Türken angegriffen. Die heftigen Angriffe der Türken wurden von nur vier russischen Bataillonen zurückgeschlagen. Einen Augenblick lang war die Lage unserer Truppen eine kritische, indeß triumphirte schließlich die Tapferkeit unserer Truppen. Die Türken wurden nach dem dritten Angriff entsetzt zurückgeworfen und erlitten sehr große Verluste. Die beherrschenden Höhen wurden von unseren Truppen genommen. Graf Schwaloff führte darauf bedeutende Verstärkungen herbei. Die Position ist stark besetzt worden. Noch am nämlichen Tage begann das Bombardement auf die türkischen Stellungen bei Arabatona und Schandorinsk. Unser Verlust beträgt an 150 Mann. Nach der Aussage von Gefangenen befindet sich Mehmed Ali in Arabatona.

Petersburg, 8. Dec. Officielle Meldung aus Bogot vom 7. Dec.: Der Kampf vom 4. Dec. bei Elena fiel bedeutend schlimmer aus als er nach den ersten Nachrichten schien. 50 Offiziere und 1800 Mann sind todt oder verwundet. Elf Geschütze wurden verloren. Von diesen wurden 4 beschädigt die übrigen 7 vom Feind genommen, weil es wegen Mangel an Pferden unmöglich war sie zu transportieren. Weitere Details dieser unglücklichen Affäre sind noch unbekannt.

Konstantinopel, 6. Dec. Von der Regierung wird verbreitet: Salih Pascha's Division rückte gestern aus Osman Bazar gegen Reskova vor und eröffnete die Kanonade gegen den Feind. Dieser rückte in der Nacht Reskova und ging auf Tirknowa zurück. Reskova wurde darauf von Salih besetzt.

Landtags-Verhandlungen. (Stat d. Cultusministers.)

20. Sitzung vom 23. November.

Fortsetzung.

Abg. v. Meyer (Ausschluß). Meine Herren! Ich bin zur Sache sehr wenig informiert. Ich habe den Abg. v. Stablenwski nur in dem letzten Theile seiner Rede gehört, demnach die Antwort des Herrn Ministers. Nach dieser Antwort des Herrn Ministers muß ich nur annehmen, daß die Sache gescheitert ist; ich glaube nicht, daß das Gesetz überschritten sein wird, aber ich befasse dieses Gesetz. Ich rede hier, wie ich glaube, im Namen einer großen Zahl kirchlich sehr maßvoller protestantischer, conservativer Männer. Ich gehöre nicht zu der scharfen kirchlichen Kategorie, die der Abg. Richter (Sangerhausen) gestern abgelesen wollte; aber unter der Kategorie maßvoller, rechtschaffener protestantischer Männer, kann ich konstatieren, hat man den „Culturkampf“ fast. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Man wünscht den Frieden auf's Schlimmste, man interpretiert den „Culturkampf“ häufig ebenso wie die Herren im Centrum als einen Kampf gegen die katholische Kirche. (Beifall im Centrum.) Man hält es für ein Unglück, daß der Kampf geführt wird mit einer Gesetzgebung — man macht ihr vielleicht mit Unrecht den Vorwurf — aber man hält sie für eine leidenschaftliche, und eine leidenschaftliche Gesetzgebung ist jedesmal ein politischer Fehler. Man wünscht also die Revision dieser Gesetzgebung. Man hat gehofft, daß die Rede des Abg. Lasker im vorigen Jahre schon einen Wendepunkt bezeichnet habe, der eingetreten sei. Es ist aber leider nicht der Fall gewesen. Ich für meine Person muß sagen, daß ich glaube, die Maßregeln gegen die katholischen Geistlichen hätten mit dem Tage aufhören müssen, mit welchem ihre staatliche Funktion aufhörte. So wenig man sich bekümmert um die geistlichen Handlungen der jüdischen Geistlichen, so wenig müßte man sich heute bekümmern um die geistlichen Handlungen der katholischen Geistlichen. Ich kann also nur den Wunsch aussprechen, daß baldmöglichst auf eine Revision dieser Gesetzgebung, die man von vielen Seiten für eine leidenschaftliche hält, hingewirkt werde. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Dautenberg: „Meine Herren! Das mannhafteste und verdienstvolle Auftreten des Herrn Kollegen v. Meyer auf dieser Tribüne verdient wirklich alle Anerkennung; ich freue mich, von dieser Stelle herab dem verehrten Herrn Kollegen diese Anerkennung jollen zu können. Das sind Worte gewesen, die doch auch einmal einen anderen Ton in dieses Haus hineingebracht haben von einer Seite, von der wir bis dahin ihn schmerzlich vermist, lange aber schon erwartet hatten. Der Herr Zuteellant hat in seinem ausführlichen Vortrage schon eine außerordentlich große Anzahl thatschlicher Momente hier vorgeführt, von denen wir alle doch wohl anerkennen werden, daß sie in der That äußerst beklagenswerth sind. Es haben auch der Herr Minister ad interim und der Herr College Wachler nicht umgingen, diese beklagenswerthen Vorkommnisse wirklich auch als solche gelten zu lassen. Die geschäftsordnungsmäßige Beantwortung der Interpellation von Seiten des Herrn Ministers will ich des Weiteren nicht bemängeln. Ich darf mich wohl zurückbeziehen auf alles das, was der verehrte Herr College Winterhork hier schon vorgeführt hat. Mir ist es von der größten Wichtigkeit, zu untersuchen, woher kommen diese Zustände, die wir als so beklagenswerthe ansehen müssen, und da habe ich wieder nur die eine Antwort darauf: sie sind wiederum die traurige Folge der traurigen Maßgesetzgebung. Auf Grund bestehender Gesetze, das muß ich ja zugeben, drängt man einer katholischen Gemeinde einen Pfarrer auf und zwar einer Gemeinde, die von diesem Pfarrer nichts wissen will und nichts wissen darf nach ihrer religiösen Ueberzeugung. Nach der Verfassung der katholischen Kirche ist es nicht zulässig, auf dem durch die Maßgesetzgebung für zulässig

erachteten Wege einen Pfarrer zu acceptieren. Die katholische Kirche weiß von einer solchen Ernennungsart nichts. Ein auf diese Art und Weise eingesetzter Pfarrer ist für die katholische Gemeinde nie und nimmer ein solcher. Ich frage Sie aber auch, m. H. welchen Effect hat dieses Vorgehen der Regierung in diesen Fällen denn auch eigentlich? Können Sie sich das Verhältnis eines Pfarrers zu seiner Gemeinde anders denken als das eines gegenseitigen Vertrauens? Ist es Ihnen denkbar, daß ein Pfarrer in einer Gemeinde wirken kann, die sich ganz von ihm abwendet in dem Bewußtsein: der ist nach unserer kirchlichen Anschauung nicht unser Pfarrer, wir können ihm kein Vertrauen entgegenbringen, da es unmöglich ist, in unseren Seelenangelegenheiten ihm als unserem Hirten zu folgen. Ich sollte meinen, der H. Cultusminister müßte sich auch bei Betrachtung des vorliegenden Falles wiederum davon überzeugen, wie es reinweg nicht angeht, seine Gesetzgebung durchzuführen, sie schneidet eben zu sehr in das innerste Lebensgebiet der katholischen Kirche ein. Wir haben hierfür wieder einen der eindrucksvollsten beweisenden Fälle vor uns; und das ist Ihnen schon vorhin ausgeführt worden, und ich wundere mich nur, daß der Herr Cultusminister wiederum keine andere Stellung nimmt und seine alte, gestern präcisirte traurige Stellung beibehalten scheint. Ich sollte meinen, der Herr Minister müßte sein Auge öffnen für die Folgen dieser Gesetzgebung. Was entsteht denn in den katholischen Gemeinden dadurch? Immer größere Leiden; das richtige Verhältnis zu den Staatsbehörden wird immer mehr und mehr erschüttert. Ob auch jetzt noch, nachdem sie das Alles angehört haben, was an dieser Stelle von dem Herrn Interpellanten ist vorgebracht worden, nicht Modificationen notwendig sind, das überlasse ich gerne der Beurtheilung der Herren von der Majorität des Hauses. Ich glaube, daß Alle, die zugehört haben, sich wohl werden gesagt haben: in der That, so kann es nicht bleiben, das sind durchaus unhaltbare Zustände. Nun hat der Herr Cultusminister uns gestern eine wahrhaft traurige Perspektive eröffnet, es hat der geehrte Herr wirklich gesagt: „Die königliche Staatsregierung wäre nicht einmal in der Lage, der Erwägung näher zu treten, ob Modificationen vorgenommen werden sollen, so lange wir (hier, im Centrum heißt das) auf unserem bisher eingenommenen Standpunkt verharren.“ Der Herr Minister sagt das, wo er selbst anerkennt, daß Härten da sind, schwere Härten; ich meine, das wäre nicht staatsmännisch gehandelt, das wäre kein Verhalten, wie es eines Staatsmannes würdig ist. (Sehr gut im Centrum.) Der Staatsmann darf nicht fragen, wie eine Partei hier im Hause Stellung nimmt zu seiner Gesetzgebung oder Verwaltung, sondern er hat die erste, heilige Pflicht sich zu fragen: wie wirkt eine Gesetzgebung auf das Land, auf die Staatsangehörigen? Und wenn er dann, wie er selber sagt, zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß ein Theil der Gesetzgebung nachtheilig gewirkt und zu beklagenswerthen Härten geführt hat, dann darf er nicht abwarten, ob wir aus dem Centrum unsere Stellung ihm gegenüber ändern, sondern dann tritt die Verpflichtung an ihn heran, die Initiative zu ergreifen, daß diese Härten beseitigt werden. Der Herr v. Schorlemer-Alst hat mir einen Gedanken vorweggenommen, auf den ich bei meinen Ausführungen hier besonders großes Gewicht legen wollte, nämlich die ungleiche Behandlung der katholischen und der evangelischen Kirche seitens des Herrn Cultusministers. Es ist mir wirklich interessant gewesen, dieses Verhalten des Herrn verfolgen zu können. Für die katholische Kirche hat der Herr Minister es verstanden, eine Gesetzgebung zu Stande zu bringen, die es ermöglicht, daß nicht nur eine Minderheit, sondern ein Einzelner sogar einer katholischen Gemeinde einen Pfarrer aufdrängen kann. Die königliche Staatsregierung schützt einen solchen, der von katholischer Seite nur als Einbringling angesehen werden kann, mit allen Mitteln der Gewalt, die ihr zu Gebote stehen. Eine ausgesprochene Minderheit hat auf katholischer Seite das Recht, das Vermögen der katholischen Gemeinde nicht nur bemessen zu können, sondern sogar eine Theilung der Vermögensgegenstände auf dem Verwaltungsweg zu beantragen. Das hat der Herr Minister für die Katholiken für zulässig und zuträglich erachtet. Wie macht er es aber auf der anderen, der Seite für die evangelische Kirche? Es sind Ihnen, m. H., ja die Vorgänge in Berlin bekannt. Da wählt eine evangelische Gemeinde, die auf den Boden der Gesetze und der Synodalordnung sich stellt, per majora sich einen Prediger, aber der Prediger kommt nicht in sein Amt, weil er kirchenregimentlich nicht bestätigt wird. (Auf links: Abwarten!) Die königliche Staatsregierung konnte eben so gut für die evangelische Kirche solche gesetzliche Lage schaffen, wie sie dieselbe für uns gemacht hat. Warum hat sie das nicht gethan auf evangelischer Seite, was sie für uns für zulässig erachtet hat? Ich bitte, nicht schließen zu wollen, als ob ich den Wunsch hegte, daß für die evangelische Kirche es so gemacht würde, wie es bei uns geschehen; im Gegentheil, das, was ich für meine Kirche von Herzen wünsche, das gönne ich eben so sehr der evangelischen Kirche und weil ich die Beseitigung dieses Zustandes bei uns dringend wünsche, so möchte ich natürlich auch auf der anderen Seite der evangelischen Kirche ein solches Unrecht eripart sehen, wie es leider ist zugefügt worden. Wenn Sie sich nun die Behandlung des Herrn Staatspfarrers Brent als eines wirklichen Schöpfkinds der Regierung ansehen, und dann damit vergleichen, wie in unserem Staat die höchsten Würdenträger der katholischen Kirche behandelt werden, dann kann man nur den Kopf schütteln und bedauern, daß es der königlichen Staatsregierung in Preußen beliebt, auf eine solche Art und Weise die Geschäfte der katholischen Kirche gegenüber zu führen. Der jüngste Stadtbefehl gegen den hochwürdigen Herrn Erzbischof von Köln ist wieder ein Vorkommnis in unserem „Culturkampf“, das höchst bezeichnend ist für unsere Zeit und ruft nach einer großen gewaltigen Säbne; es ist so leicht nicht wieder in Ordnung gebracht, nicht wieder gut gemacht; der Herr Cultusminister bitte ich doch ja in sich zu gehen (Weiterkeit links), und nicht so ab irato, wie es gestern hier wieder geschehen ist, Erklärungen zu geben. Es hat einst in der französischen Deputirtenkammer der verstorbene Thiers dem damals allmächtigen Bismarck, Herrn Koubler, gegenüber die Worte gebraucht: „Es darf kein Fehler mehr gemacht werden.“ Der betreffende Sprechminister antwortete ihm: „Es ist kein Fehler gemacht worden.“ Der Herr Sprechminister Koubler hat nachträglich reichlich Gelegenheit gehabt, selber darüber nachdenken zu können, ob er Fehler gemacht hat oder nicht.“ (Bravo im Centrum.)

Fortsetzung folgt.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 9. Dec. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß im Verlehr große Mengen von falschen Zwanzig-Pfennigstücken im Umlauf sind. Nach der W.B.-Stg. lagern ganz unglaubliche Quantitäten derartiger als falsch angegebener Stücke schon gegenwärtig in den Cassen der Behörden.

Kemscheid, 4. Dec. Der „Anz.“ schreibt: In einem Hause am Stoffelbuschen spielten einige alte Kartenfreunde ihren Solo. Einer davon meldete einen aufgelegten Solo an und gewann ihn auch. Dieses verfehlte einen der Mitspielenden in solche Wuth, daß er zum Messer griff und dem glücklichen Gewinner einen lebensgefährlichen Stich verfehlte. Der Thäter ist verhaftet.

Wormen, 6. Decr. Die „B. Z.“ schreibt: Vor einigen Tagen fand man des Morgens in einem Einschnitt der Rheinischen Eisenbahn zu Dahl bei Langerfeld die Leiche des Arbeiters Robert Simmer von Wichlinghausen. Die Obduktion der Leiche ergab sechs Rippenbrüche und mehrere Verletzungen am Kopfe, so daß vermuthet wird, es habe hier ein Verbrechen stattgefunden.

Essen, 6. Decr. Die „St. Vtg.“ schreibt: Gestern ist in Hamm der Proceß des Fiscus gegen Hrn. Fabrikbesitzer Wiese in Werden als Anläufer der hiesigen Klostergebäudelichkeiten der Congregation B. M. V. im 2. Saale in zweiter Instanz entschieden worden. Es wurde das erste Urtheil bestätigt und der Kauf also wegen mangelnder staatlicher Genehmigung, die in früheren Zeiten auch von den Gerichten als nicht erforderlich betrachtet wurde, ungültig erklärt. Die Nachricht wird in unserer Stadt und Umgebung nicht bloß in katholischen Kreisen schmerzliches Bedauern hervorrufen und dem Culturkampf gewiß keine neuen Sympathien erwecken. Herr Wiese wird jedenfalls die Nichtigkeitseklage beim Obertribunal einreichen. Wir benutzen diese Gelegenheit, um zu constatieren, daß der Herr Cultusminister Dr. Falk, der vor kurzem im Abgeordnetenhaus seine möglichst große Schonung in Ausführung des Klostergesetzes betonte, in seinem eigenen Wahlkreise dieselbe nicht getannt hatte: denn es war keine Schonung, wenn der Minister das über 200 Jahre mit Ehren bestandene Kloster trotz aller Vorstellungen der katholischen Bürgerchaft schon neun Monate nach Intraftretung des Gesetzes auflöste, obgleich das Gesetz ihm eine Frist von vier Jahren zur Disposition stellte. Die katholische Bevölkerung und zumal die katholischen Eltern werden der jetzt im Auslande wirkenden, so hart getroffenen Genossenschaft ein desto dankbarer und treueres Andenken bewahren.

Wuppertal, 7. Dec. Weithin in der Runde war die letzte Nacht von Remagen aus erhellt. Ein mächtiges Feuer war dort gestern Abend um die neunte Stunde ausgebrochen und dauerte die ganze Nacht hindurch. Die näheren Nachrichten über den Brand in Remagen sind: Das Feuer brach in der Scheune des Hauses Langen in einer Straße am Marktplatz aus. Neun Häuser wurden ein Raub der Flammen. Das Feuer fand besondere Nahrung in den angefüllten Scheunen dieser Häuser. 4 Stück Rindvieh und 2 Schweine sind umgekommen. 15 Ohm Wein, welche noch auf Trester standen, sind verdorben.

(Ab- u. Wies-Stg.)

Trier, 4. Dec. In der vergangenen Nacht ist, wie die „Tr. Z.“ besagt, dem Deconomen des hiesigen Casinos mittelst Einbruchs ein Betrag von ca. 4000 Mark gestohlen worden. Allem Anschein nach muß der Dieb mit den Localitäten sehr gut bekannt gewesen sein, indem er seinen Weg durchs Fenster direct in das Wohnzimmer genommen und den in demselben befindlichen Secretär gewaltsam erbrochen hat. Sämmtliche übrigen Werthsachen und das lose Geld in den Schubladen hat der Dieb liegen lassen und sich bloß der obigen aus Gold und Papier bestehenden Summe bemächtigt, welche Herr Herschbach heute für verkauften Wein an die Direction hatte abliefern wollen.

Marienthal a. d. Sieg, 6. Dec. In der Unterjuchungssache gegen Herrn Rector Vergisoffe (seine Anstellung betreffend) hat das Obertribunal zu Berlin, in der Sitzung vom 4. d. Mts., das Erkenntnis des Justiz-Senats von Ehrenbreitstein vom 19. Mai cr. vernichtet und die Sache an die zweite Instanz (Arensberg) zurückgewiesen. Es sind bereits 4 Jahre, daß die Gerichte sich mit dieser Angelegenheit sowohl gegen den Herrn Erzbischof als gegen den Rector W. beschafften. Dreimal wurde der Erstere, zweimal der Letztere in den einschlägigen Untersuchungen freigesprochen. — Sicherem Vernehmen nach wird die seit September 1876 geschlossene hiesige kath. Schule baldigst wieder geöffnet werden.

Münster, 6. Dec. Das soeben erschienene amtliche Berichtnis der Behörden, Lehrer, Beamten, Institute und sämmtlicher Studirenden auf der königlichen Akademie hieselbst gibt die Zahl der immatriculirten Studenten in diesem Wintersemester mit 303 an, gegen 315 im vorigen Sommersemester, also eine Abnahme von 12 Studenten. Die Zahl der immatriculirten und wieder angemeldeten, also factisch die Akademie besuchenden Studenten beträgt nicht mehr als 284. Man kann nicht sagen, daß es mit dem Leuchthurm, welcher in die westliche Finsternis leuchten soll, „wenn sie auch noch so dicht ist“, brillant steht. Der Kostenaufwand hat sich in dem Maße gemehrt, als sich die Zahl der Studenten gemindert hat. Jetzt beträgt der Staatszuschuß 38989 M. (für das künftige Jahr sind 103,439 M. auf den Etat gestellt), und der Beitrag aus dem Studienfonds 65,962 M. Vor der Culturkampfszeit belief sich der Staatszuschuß auf 1200 Tlr., und damals hatte die Akademie über 500, im Wintersemester 1865/66 sogar 588 immatriculirte Studenten.

Amtliches.

Se. Majestät der König haben dem Landrath Rüpper zu Düsseldorf und dem Bürgermeister Josten zu Venrath das Ehrenkreuz 3. Klasse des fürstlich Lippe'schen Gesamthauses anzulegen gestattet.

Der Rechtsanwalt und Notar Wendir zu Mohrungen ist in gleicher Eigenschaft an das Kreis-Gericht zu Hagen verlegt worden.

Patente. Das dem Herrn R. Frohheim zu Berlin unter dem 4. September 1876 ertheilte Patent auf eine Ausschaltung des centralen Weichen- und Signal-Apparates für Rangirzwecke, sowie das dem Herrn B. A. v. Offen zu Altona unter dem 9. September 1876 ertheilte Patent auf einen Weichen-Signal-Apparat ist aufgehoben.

